

Berichtüber die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der aufgelösten Bezirksämter (BÄ) ist weiterhin differenziert einzuschätzen. Während in den Bezirken Halle, Erfurt und Schwerin beispielsweise Voraussetzungen für einen möglichen Aufbau nachrichtendienstlicher Strukturen im Sinne des Ministerratsbeschlusses vom 14. 12. 1989 bestehen, sind in anderen Bezirken lediglich Arbeitsmöglichkeiten zur Entlassung von Mitarbeitern gegeben.

Nachrichtenverbindungen bestehen zu allen aufgelösten BÄ, wenn auch teilweise nur in eingeschränkter Form.

Am 10. 12. 1989 wurde das ehemalige Kreisamt Jena aufgelöst. Das letzte, noch nicht aufgelöste KA in Greifswald soll noch in dieser Woche nach Sichtung operativer Materialien durch Mitglieder eines unabhängigen Untersuchungsausschusses und Vertretern der Staatsanwaltschaft, geräumt werden.

Die Gesamtzahl der bisher an territoriale Organe und Einrichtungen übergebenen Objekte erhöhte sich auf 296 (190 KÄ, 66 Objekte von BÄ, 26 rückwärtige und 14 sonstige Objekte).

Bis zum 20. 12. 1989 wurden 14 573 Mitarbeiter entlassen. Davon nehmen 10 552 eine Tätigkeit in der Volkswirtschaft, 1 138 in den Zollorganen und 809 an den Grenzübergangsstellen/Paßkontrollen auf.

Probleme treten weiterhin bei der Arbeitsaufnahme ehemaliger Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft auf. Die in diesem Zusammenhang bereits dargestellten Tendenzen setzen sich unverändert fort.

Schwierigkeiten ergeben sich derzeit im Bezirk Erfurt bei der Übernahme der Grenzübergangsstellen/Paßkontrolleneinheiten durch die Grenztruppen der DDR, da von dieser Seite nur die Bereitschaft zur Übernahme von 450 der insgesamt 900 Mitarbeiter besteht. Mit einem solchen schematischen Herangehen wird die weitere Durchsetzung der Paßkontrollordnung bzw. die zu lösenden Aufgabenstellungen, vor allem im Jahresendreiseverkehr, nicht gewährleistet.

Aus den Bezirken Halle und Frankfurt/Oder wurden Hinweise zur Formierung rechtsextremer Kräfte, ansteigender Aggressivität gegenüber Ausländern und angedrohten Repressalien gegen Bürger, die sich gegen eine Wiedervereinigung aussprechen, bekannt.

Zur Auflösung des AfNS sprachen Mitarbeiter des Hauptpostamtes Frankfurt/Oder ihre Besorgnis aus, da befürchtet wird, daß nach dieser Aktion die Organe der DVP und der sowjetischen Streitkräfte angegriffen werden und damit der Bevölkerung jeder Rechtsschutz entzogen wird.